

Das war's mit der »intellektuellen Notwehr«

Im Oktober hatten wir auf die bevorstehende alternative Buchmesse in Halle »Seitenwechsel« hingewiesen und unseren Text etwas euphorisch mit »Ein Fest für freies Denken« überschrieben. Die neue Buchmesse sollte, laut Veranstalterin Susanne Dagen, »die Vielfalt und Kreativität des Verlagswesens und den einzigartigen Beitrag kleiner, unabhängiger Buchverlage zur literarischen Landschaft« feiern« – gegen eine bleierne linke Intoleranz. Die neue Buchmesse sollte unbequemen, sprich kritischen Verlagen eine Plattform bieten, die auf den etablierten Buchmessen in Leipzig und Frankfurt diskriminierend ausgeschlossen oder marginalisiert werden. Leider begann die Messe, noch bevor sie offiziell eröffnet wurde, mit einem Eklat, bei dem das im Vorfeld so hochgelobte Prinzip Toleranz aufs Höchste verhöhnt wurde.

Ein Sympathisant der GfP und unerschütterlicher Verfechter der Meinungs- und Pressefreiheit, war in Halle und hat uns über seine Eindrücke berichtet. Seinen Bericht, den er uns zur freien Verfügung gestellt hat, möchten wir in dieser Ausgabe des *Freien Forums* ungekürzt abdrucken. Vor allem stehen die näheren Umstände des skandalösen Vorfalls im Mittelpunkt:

Mein Besuch auf der Messe »Seitenwechsel« 8./9. November 2025 in Halle / Saale

Der Messebesuch hat sich gelohnt! Die positiven Erlebnisse überwiegen. Doch beginnen wir mit dem Schatten, der noch vor dem Start am 8. November um 10 Uhr auf die Veranstaltung geworfen wurde.

Knapp zwei Tage vor Messestart wurde zwei angemeldeten und bestätigten Verlagen von der Messegesellschaft »Impuls GmbH« gekündigt: dem Klosterhaus-Verlag aus Wesertal und dem Sturmzeichen-Verlag aus Dortmund. Derjenige, der diese Kündigung mit massivem Druck betrieben hat, war Dieter Stein, Herausgeber und Chefredakteur der *Jungen Freiheit*. Zunächst wandte er sich an die Veranstalterin Frau Susann Dagen vom Dresdner Buchhaus Loschwitz. Doch Frau Dagen blieb dem Motto der Messe treu, wonach es keine Ausgrenzung und Zen-



Dieter Stein (hier im Jahre 2014, Foto: Wikipedia) selbst äußerte sich auf einer von ihm moderierten Gesprächsveranstaltung auf der Messe und verteidigte den Ausschluß Krolzigs: »Wenn Sie eine Veranstaltung machen und sagen, hier kann jeder mitmachen, und es ist eine rechte Veranstaltung, dann rennen Ihnen die Verrückten die Bude ein.« Er kämpfte deshalb »massiv dagegen, daß hier ein neonazistischer Verlag teilnehmen kann«. Die Zensurbemühungen des »Rechtsnationalen« überraschen nicht, war er als Herausgeber der *Jungen Freiheit* stets bestrebt, sich gegen jede Form von Nationalpatriotismus abzugrenzen.

sur geben dürfe, und ließ sich nicht überreden. Danach wandte sich Stein an die Geschäftsleitung der »Impuls GmbH« und drohte, nach eigener Aussage, mit dem Abzug seines Messestandes (den zweitgrößten nach Compact), sofern die beiden Verlage teilnehmen dürften. Diese hätten »nationalsozialistische Publikationen«, die auf dieser Messe nichts zu suchen hätten. Die Geschäftsführung knickte ein. Ein Eilantrag auf eine Einstweilige Verfügung gegen den Ausschluß wurde am Nachmittag vor Messebeginn vom Amtsgericht Halle abgelehnt, da man »keine Eilbedürftigkeit« sehe. Leider entscheiden die Richter der BRD zumeist zu Lasten der wirtschaftlich schwächeren Partei. Damit blieben die Stände SV 18 und SV 17 leer. Das überaus interessante Angebot der Verlage Klosterhaus und Sturmzeichen, mit vielen Neuerscheinungen, wurde den Besuchern vorenthalten.

Auf der Startseite zur Messe stand dann die Falschbehauptung: »Verlag »Sturmzeichen« kein Aussteller der Büchermesse »Seitenwechsel«: Entgegen verschiedener Veröffentlichungen hatte der Verlag zu keiner Zeit eine Zulassung zur Messe. Er gelangte über eine unzulässige Datenmanipulation im Ausstellerportal eines Ausstellers kurzzeitig ins digitale Ausstellerverzeichnis. Die Messeleitung hat umgehend beide Unternehmen von der Messe ausgeschlossen.« Tatsächlich waren die beiden Verlage regulär angemeldet und hatten am 16.10.2025 ihre Zugangskarten erhalten. Die irrwitzige Behauptung einer »Datenmanipulation im Ausstellerportal« würde ja erhebliche Datenschutzlücken der Messengesellschaft offenbaren. Die »Impuls GmbH« löschte am 6. November die beiden Verlage aus dem Ausstellerverzeichnis.

Der Verursacher dieser Zensurmaßnahme, Dieter Stein, hatte noch im Oktober unter der Überschrift »Debatte statt Zensur« die Buchmesse »Seitenwechsel« als »zensurfreie Alternative« und »prächtiges Signal für Privatinitiative und Selbstermächtigung von Bürgern, die politische Bevormundung leid sind« dargestellt. Noch am 6. November 2025 schrieb Stein unter dem Titel »Meinungsfreiheit unter Druck« in der Ausgabe 46/25 seiner Wochenzeitung: »Gegen Andersdenkende wird mit finanzieller, medialer und juristischer Härte vorgegangen – und kaum jemand stört sich daran. [...] In Halle zeigt an diesem Wochenende die 100 Prozent privat finanzierte neue Buchmesse »Seitenwechsel« mit über 60 Ausstellern, wie sich oppositionelle, abweichende Stimmen nicht mundtot machen lassen – und wie »bunt und vielfältig« gelebte Meinungsfreiheit tatsächlich sein kann.«

So geht Heuchelei! Stein hat sich offensichtlich zum Handlanger des herrschenden Regimes gemacht. Dieter Stein mußte sich dann am Abend des ersten Messtages vor laufender Kamera kritische Fragen anhören und beendete vorzeitig die Diskussion. Am Sonntag-



Die Buchmesse »SeitenWechsel« hätte tatsächlich ein »Fest für freies Denken« sein können. Ein Ausstellungsspektrum, das von Rechts- und Liberalkonservativen, Corona-Kritikern und Wahrheitssuchern, Künstlern und Influencern bis hin Neurechten und Nationalisten reicht, OHNE AUSGRENZUNG.

morgen wurden vor dem Messeingang dazu noch Flugblätter gegen seine Machenschaften verteilt. Auch von den Ausstellern wurde Stein kritisiert: »Ja, der Stein, den kennen wir schon als Spalter.«

Die Messegesellschaft »Impuls GmbH« agierte nicht nur unseriös, sondern war offenbar auch mit der Organisation der Messe überfordert. Der Eingangsbereich war dem Andrang nicht gewachsen, zumal die Kasse und die Garderobe nicht getrennt waren. Ein Schild hatte die Inschrift »Hier können Sie Ihren Mantel oder Gepäck abgeben.« Es hätte heißen sollen »... hier müssen Sie ...«, denn am Einlaß, der ebenfalls zu eng war, wurden Rucksäcke vom unfreundlichen Messepersonal nicht durchgelassen. Also wieder zurück zum Menschengedwühl vor der Garderobe. Auch die Besitzer einer Gästekarte mußten sich gleich nach der Eingangstür an einem einzigen Stand registrieren. Ergebnis: Eine 300 m lange Schlange vor der Halle bis zum Parkplatz, die sich erst nach zwei Stunden allmählich auflöste. Auch in der Halle herrschte drangvolle Enge. Die beiden Stände für Speisen und Getränke waren permanent überlastet, so daß sich ebenfalls lange Schlangen bildeten. Für einen Becher Kaffee mußte man 45 Minuten anstehen. Wenigstens ein Kaffee- oder Getränkeautomat hätte hier vieles entzerren können, aber der Messegesellschaft scheint es an Professionalität zu fehlen. Nun aber genug zu den negativen Punkten. Das Positive überwog!

Die Messe »Seitenwechsel« war für die Besucher und Aussteller ein großartiges Erlebnis und ein voller Erfolg. An den großen Ständen tummelte sich das Publikum und an den Kassen bildeten sich Schlangen, was für eine gute Kauflaune der Kunden spricht. Die Vielfalt der Angebote war riesig.

Jede Menge Neuerscheinungen, viele gute Gespräche mit Autoren und Redakteuren, Anregungen, antiquarische Bücher, Zeitschriften, Tonträger, Sticker. Die alternativen Medien sind zu einer festen Größe geworden. Das Interesse an Informationen jenseits von Global- und Konzerninteressen ist größer denn je. Eigentlich gehört die Messe in eine größere Halle. Vielleicht hat Frau Dagen, die diese Messe ins Leben gerufen hat, nicht mit dem Ansturm gerechnet. Offenbar ist das

Interesse in den letzten Wochen vor dem 8. November schlagartig angewachsen. Stark besucht waren auch die Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen. Im Stundentakt fanden an den zwei Messetagen nicht weniger als 70 Veranstaltungen in vier Sälen und auf einer großen Bühne statt. Hier nur die bekanntesten Namen der Referenten: Michael Meyen, Gloria v. Turn & Taxis, Roger Köppel, Helmut Roewer, Cora Stephan, Dieter Dehm, Frits Hoevels, Erik Lehnert, Björn Clemens, Peter Feist, Michael Wolski, Max Stadler, Volker Zierke, Stefan Scheil, Alexander Wendt, Thor Kunkel, Vera Lengsfeld, Matthias Matussek, Uwe Steimle, Uwe Tellkamp, Michael Klonowsky, Hans-Georg Maaßen, Benedikt Kaiser, Ulrich Vosgerau, Günter Scholdt, Arne Schimmer, Götz Kubitscheck, Martin Lichtmesz, Walter Post. Der Schweizer »Kontrafunk« führte seine vielbeachtete Sonntagsrunde auf der großen Bühne auf.

Bei jedem Rundgang fiel einem manches Neues ins Auge. Ein »DeutscherFriedensrat.eu« fordert zur Kriegsdienstverweigerung auf, eine Psychologin wirft mit ihrem Buch *Ich bin Marcella* den Blick auf das Thema Kindesmißbrauch, zwei zeitkritische Romane mit den Titeln *Morodkins Ausweg* und *Der »och und seine Toten*. Ich kaufe mir die dramatische Dokumentation des jungen Tschechen Jiri Padevet *Blutiger Sommer 1945* mit der Beschreibung der »wilden Vertreibung« der Deutschen aus Böhmen, Mähren und dem Sudetenland. Das antiquarische Büchlein von 1943 *Deutsche Haltung vor Fremden* des österreichischen Schriftstellers Bruno Brehm findet ebenfalls meine Aufmerksamkeit. Ein längeres Gespräch mit der Autorin des Buches *Bildung ohne Schule kann gelingen* handelt vom zunehmenden Versagen des Bildungssystems in der späten BRD. Auf dem großen Stand des Dresdner Buchhauses Loschwitz sticht unter der Vielzahl des Buchangebots eine ganze Abteilung mit lieblichen Kinderbüchern hervor. Die Bücher erinnern an die schönen bebilderten Lesebücher, die es noch vor 60 Jahren gab. Ein junger Politologe hat sich mit der Buchreihe »Machtübergabe« Gedanken über die Neugestaltung des Staates und seiner Politik gemacht. Und ein Oldtimertools-Verlag bietet schöne Wiederauflagen alter Bücher, die ursprünglich in Frakturschrift vorlagen. Es herrscht allenthalben der Wille zur Veränderung und zur Überwindung des herrschenden Regimes. Wenn die Messe sich von kleingeistigen, selbsternannten Zensurwächtern emanzipieren kann, wird sie eine große Zukunft haben.

■ Roland Wuttke, 9. November 2025

Sascha Krolzig vom ausgeschlossenen Sturmzeichen-Verlag meinte: »Doch von meiner Person mal abgesehen, finde ich es besonders traurig, wie nun auch Margret Nickel in die ganze Angelegenheit mit reingezogen wird. Frau Nickel ist über 80 und hat sich, genau wie ich, seit Wochen auf die Messeteilnahme vorbereitet: Wir haben Standausstattung und Werbematerial gekauft, Hotelzimmer gemietet, ehrenamtliche Helfer engagiert, die Autoren unserer Verlage wollten zu Signierstunden erscheinen, Kunden ihre vorbestellten Bücher abholen. Das alles soll jetzt vergebens gewesen sein, nur weil der Chef einer sich »konservativ« nennenden Wochenzeitung aus Berlin eine Hetzkampagne gegen uns losgetreten hat? Das letzte Wort ist aber noch nicht gesprochen, wir halten hier über den weiteren Gang der Dinge auf dem Laufenden.«

4 Jahre Haft für Ex-Aula- & GfP-Chef

Nach 15 Verhandlungstagen endete am Abend des 3. Dezember der Ende September vertagte Geschworenenprozeß im Großen Grazer Schwurgerichtssaal gegen den langjährigen Schriftleiter der *Aula* und GfP-Vorsitzenden Martin Pfeiffer. Das seit Ende 2018 laufende Verfahren wurde mit einem Schuldspruch finalisiert. Das angeklagte Hauptdelikt, nämlich Anstiftung zur NS-Wiederbetätigung durch den Abdruck unzähliger Artikel in der *Aula* zwischen 2005 und 2018, die linke Historiker vom Münchner Institut für Zeitgeschichte (IfZ) als strafbar einstufen, hat einen Strafraum von fünf bis zehn Jahren. Hierfür gab es unter den acht Geschworenen keine Mehrheit. Mit 4:4 Stimmen lehnten die Laienrichter die Verurteilung nach § 3d NS-Verbotsgesetz (VG) ganz knapp ab.

Damit mußten sie über die Ersatzfrage abstimmen, ob sich der Angeklagte dann gemäß dem schwammigen § 3g VG, der ein Auffangtatbestand ist (»Wer sich auf andere als die in den §§ 3a bis 3f bezeichnete Weise im nationalsozialistischen Sinn betätigt...«), strafbar gemacht hat. Dieser hat einen – für die angeklagte Tat relevanten – Strafraum von einem Jahr bis zehn Jahre. Mit 8:0 Stimmen bejahten die juristischen Laien nach mehreren Monaten eines einseitigen verbalen Bombardements durch IfZ-Gutachter, Staatsanwalt und Vorsitzenden Richter schließlich die Ersatzfrage.

Dazu kam eine Verurteilung nach § 3h VG (Verharmlosung von NS-Verbrechen gegen die Menschlichkeit), weil der Angeklagte im Rahmen seiner Verteidigung erklärt hatte, die Wehrmacht sei »kein Instrument der NS-Herrschaft« gewesen, und den Abdruck eines Artikels über den hundertjährigen, unter Hausarrest stehenden Erich Priebke damit gerechtfertigt hatte, man habe »ein Soldatenschicksal« beschrieben. Da letzterer wegen Kriegsverbrechen verurteilt worden sei, sei das Wort »Soldatenschicksal« eine Verharmlosung von NS-Verbrechen. Ebenso sei die Charakterisierung der Wehrmacht einzustufen, schließlich sei diese vor allem im Ostfeldzug in Kriegsverbrechen verwickelt gewesen. Für die Geschworenen, die permanent einer Beeinflussung durch den Vorsitzenden Richter ausgesetzt waren, hatte sich der Angeklagte demnach auch nach § 3h VG strafbar gemacht. Deren Votum lautete in diesem Fall 6:2.

Bei der festzusetzenden Strafe verdonnerte das Gericht den einstigen *Aula*-Schriftleiter zu fünf Jahren Freiheitsstrafe, wobei es wegen der sehr langen Verfahrensdauer (nur) ein Jahr abzog und damit vier Jahre Haft (ohne Bewährung) verkündete. Rechtsmittel dagegen gibt es kaum. Im Falle von Verfahrensfehlern könnte der Oberste Gerichtshof (OGH) das Urteil aufheben und zur Neuverhandlung zurückverweisen. Ferner besteht die Möglichkeit einer Berufung (nur) gegen die Strafhöhe an das Oberlandesgericht (OLG), wobei letzteres diese verändern kann. ■

Verfolgung durch die Gesinnungsjustiz nimmt kein Ende...

Seit der ersten Hausdurchsuchung am 16.5.2017 im Zusammenhang mit der 2015 erschienenen Ausgabe des von Pierre Krebs herausgegebenen »Taschenbuchplaners« *Mars Ultor* 2016 mit dem Leitthema »Volksgemeinschaft« haben wir (Thule-Seminar/Verlag Ahnenrad) keine Ruhe mehr erfahren. Trotz gravierender juristischer Fehler in der Anklageschrift, z.B. Falschangaben zum Verlag, wurden wir (Dr. Pierre Krebs und GudRun Schwarz) zu je 5 Monaten Bewährungsstrafe sowie 3000 euro Geldstrafe verurteilt... ein Willkürurteil, vom OLG Frankfurt abgesegnet. Als nächstes wurden wir wegen der in 2016 erschienenen (indizierten) Publikation von Pierre Krebs *Was tun?* angeklagt. Obwohl die Publikation als verjährt zu gelten hätte, fand am 2.11.2022 eine diesbezügliche Hausdurchsuchung statt mit den üblichen Schikanen und der Entwendung aller unserer Arbeitsmittel. Der Prozeß im Mai 2024 ergab die von der Richterin beim Amtsgericht Kassel begründete und bestätigte Verjährung der Schrift.

Auf Betreiben des Staatsanwaltes Martin Gerhard kam es zu einer Revision beim OLG Frankfurt. Die dortige Richterschaft gewährte unseren Anwälten praktisch keine Redezeit, weil das Urteil schon vorgefertigt in der Schublade lag. Die Verjährung wurde nicht anerkannt, und somit wird das Verfahren zurücküberwiesen an das Amtsgericht Kassel, wo uns im nächsten Jahr erneut der Prozeß gemacht wird. Und damit immer noch nicht genug: Auch das bereits (»vorübergehend« eingestellt) Ermittlungsverfahren wegen der im Jahr 2017 erschienenen Schrift *Furor teutonicus* ist wieder aktuell geworden. Die »Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften« wird auch diese Publikation allerhöchstwahrscheinlich indizieren, was wiederum zu einer Anklage, Hausdurchsuchung und zum Prozeß führen kann. Die verurteilende Industrie will offensichtlich beschäftigt werden, um ihre Existenzberechtigung auf unsere Kosten zu sichern. ■ Gudrun Schwarz

EU setzt Schweizer Ex-Offizier Jacques Baud auf die Sanktionsliste

Ein Präzedenzfall der fragwürdigeren Sorge: Der EU-Rat belegte vor wenigen Wochen erstmals auch einen Bürger der Schweiz mit Sanktionsmaßnahmen. Betroffen ist Jacques Baud, ehemaliger Nachrichtenoffizier und Oberst der Schweizer Armee. Ihm wird vorgeworfen, als »Sprachrohr für prorussische Propaganda« zu agieren.

Die Folgen sind gravierend: Für Baud gilt ab sofort ein Einreiseverbot in die EU, und seine sämtlichen Vermögenswerte werden eingefroren. Das ist ökonomisch ein Todesurteil. Nicht nur wegen des Einreiseverbots, sondern weil damit zwangsläufig ein Auftrittsverbot verbunden ist. Und jeder, der mit dem Ex-Offizier künf-

tig Geschäftsbeziehungen unterhält – etwa Buchverlage, aber auch Banken – läuft selbst Gefahr, auf die Sanktionsliste zu geraten.

Der Fall läßt eine neue Qualität im Umgang des Brüsseler Molochs mit seinen Kritikern erkennen: Meinungsabweichler sollen künftig in ihrer Existenz vernichtet werden. Baud hat praktisch keine Möglichkeit, sich gegen die Willkürmaßnahme der EU zu wehren. Anders als bei nationalen Strafsachen gibt es auf europäischer Ebene niemanden, bei dem er Widerspruch gegen seine ökonomische Hinrichtung einlegen könnte. Zwar gibt es den europäischen Menschenrechtsgerichtshof, doch dessen Mühlen mahlen unendlich langsam. Außerdem ist fraglich, ob die Straßburger Richter unparteiisch genug sind, sich mit einem etwaigen Freispruch gegen die EU-Kommission und die von ihr vertretenen ›Werte‹ zu stellen.

Jacques Baud trat in den vergangenen Jahren vor allem als Buchautor hervor. Sein Werk *Putin – Herr des Geschehens?* führte die *Spiegel*-Bestsellerliste an. Seine Kernthese, die er in zahlreichen Interviews (auch in Rußland) vertrat: Der Westen trägt zumindest eine Mitverantwortung für den Krieg in der Ukraine. Nur: diese Sicht der Dinge hat nichts mit »prorussischer Propaganda« zu tun. Jeder kann die Fakten selbst nachrecherchieren. Die EU versucht, sie aus der Welt zu schaffen, indem sie sie als »russisches Narrativ« diffamiert und zerhand unter Strafe stellt. Kommen künftig auch »Klimaleugner« oder Gegner der Kriegspolitik auf die Sanktionsliste?



Jacques Baud. Seine Bankkonten sind gesperrt, er darf nicht reisen. Um Essen zu kaufen, braucht er eine »humanitäre Ausnahmeregelung«.
Bild: Grégory Yetcheniza

Ausschließen kann man es nicht. Brüssel hat mit dem Fall Jacques Baud das Tor zum Willkürstaat weit aufgestoßen. Und schon gibt es Nachahmer: Der Journalist Florian Warweg von den unabhängigen »Nachdenkseiten« wollte auf der Bundespressekonferenz in Berlin eine Stellungnahme von der Bundesregierung. Sie fiel unmißverständlich aus. Der Sprecher des Auswärtigen Amtes, Martin Giese, erklärte wörtlich: »Alle, die auf diesem Feld unterwegs sind, müssen damit rechnen, daß es auch ihnen passieren kann.« Das ist deutlich. Die EU läßt die Masken endgültig fallen. Dissidenten können sich warm anziehen. ■ Karl Richter

Nachdem die EU den ehemaligen Schweizer Offizier Jacques Baud wegen mutmaßlicher prorussischer Propaganda sanktioniert hat, wird nun auch über mögliche Konsequenzen für den Publizisten und Politiker **Roger Köppel**, Chefredakteur der *Weltwoche*, spekuliert, nämlich wegen publizistischer Beiträge der *Weltwoche* und Reisen Köppels nach Moskau. Der Verleger hielt sich mehrfach in der russischen Hauptstadt auf und forderte den Schweizer Bundesrat öffentlich dazu auf, die Sanktionen gegen Russland aufzuheben. Zudem äußerte er sich wiederholt anerkennend über Auftritte des russischen Präsidenten Wladimir Putin.

Bundespräsident knietief – zum 9. November 2025

Auf seiner Website informiert das Bundespräsidialamt über die Neutralität des Bundespräsidenten: »Das Bundesverfassungsgericht spricht davon, es entspreche den verfassungsrechtlichen Erwartungen an das Amt des Bundespräsidenten und der gefestigten Verfassungstradition, daß der Bundespräsident eine gewisse Distanz zu Zielen und Aktivitäten von politischen Parteien und gesellschaftlichen Gruppen wahre. Dies gilt insbesondere in Bezug auf parteipolitisch umstrittene gesellschaftliche Fragen.« So sollte es sein, möchten wir meinen: ein Staatsoberhaupt aller Bürger, dessen Hauptaufgabe es eigentlich sein sollte, die Gesellschaft von einer neutralen Position aus zu einen und Spaltung zu überwinden. Nun hat bundespräsident Frank-Walter Steinmeier am 9. November, am schicksalhaftesten Tag der deutschen Geschichte, in einer denkwürdigen Rede dieses hohe Ziel als lästigen Ballast abgeworfen und die gegenwärtige Spaltung in der bundesdeutschen Nation noch weiter vorangetrieben und sie, wenn man so will, gar befürwortet. Die Selbstbehauptung der Demokratie sei die Aufgabe unserer Zeit, betonte Steinmeier, da sie wie noch nie seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs unter Druck stehe: »Populisten und Extremisten verhöhnen die demokratischen Institutionen, vergiften unsere Debatten und betreiben das Geschäft mit der Angst. Das Tabu, sich offen zu solcher Radikalität zu bekennen, gilt für viele Menschen nicht mehr.« Freilich, ohne die AfD namentlich zu nennen, positionierte er sich zu Brandmauer und AfD-Verbotsverfahren. »Mit Extremisten darf es keine politische Zusammenarbeit geben – nicht in der Regierung, nicht in den Parlamenten.« Ein Parteienverbot sei »die Ultima Ratio der wehrhaften Demokratie«.

Die AfD kritisierte die Äußerungen Steinmeiers scharf. »Nie hat ein Bundespräsident sein Amt so mißbraucht«, sagte der Erste Parlamentarische Geschäftsführer der AfD-Bundestagsfraktion, Bernd Baumann, dem *Handelsblatt*. Steinmeier habe mit seiner Aussage »Wir müssen handeln« zu einem Verbotsverfahren gegen die AfD aufgerufen.

Julian Reichelt, der *Nius*-Chefredakteur, bezeichnete Steinmeier als »Fall für den Verfassungsschutz« und faßte in einem Video-Beitrag zusammen: »Steinmeier fordert offen das Ende der Opposition: Wer nicht der Regierung folgt, wird aus der Demokratie ausgeschlossen. Steinmeier untergräbt die demokratischen Prinzipien, jagt Andersdenkende und verklärt Zensur als Schutz der Demokratie.«

Max Roland, stellvertretender Chefredakteur des Jugendmagazins *Apollo News*, urteilte seinerseits: »Ein Bundespräsident überschreitet die Grenze zur Parteipolitik – und verliert dabei seine präsidiale Rolle. Mit seiner Anti-AfD-Kampfrede zeigt Steinmeier, daß er weder den demokratischen noch den intellektuellen Ansprüchen seines Amtes gewachsen ist.«

»Ein Viertel der Deutschen hat keinen Präsidenten mehr«, befand ein User nach der schrecklichen Rede, die ein Schlag ins Gesicht aller Verfechter der Meinungsfreiheit war. ■

»Generation Deutschland« als neue AfD-Jugend gegründet

Die derzeit in Umfragen stärkste Partei, die AfD, hat wieder eine Parteijugend. Nachdem die Junge Alternative (JA) – O-Ton Verfassungsschutz »gesichert rechtsextrem« – wegen zu viel Aktionismus und Radikalität sowie zu wenig Kontrolle durch die Partei aus Angst vor Konsequenzen durch den Inlandsgeheimdienst Verfassungsschutz (O-Ton Alice Weidel »schmierige Stasi-Spitzel«) auf Geheiß der Mutterpartei aufgelöst worden war, gründete sich nun am ersten Wochenende im Dezember im hessischen Gießen die Nachfolgeorganisation. Sie trägt den Namen »Generation Deutschland« und ist anders als die JA kein Verein, der einfach durch den Innenminister verboten werden kann, sondern eine rechtlich unselbständige Teilorganisation, die der Partei direkt unterstellt ist. Zum Vorsitzenden wurde mit 90,4 Prozent der 28jährige brandenburgische AfD-Landtagsabgeordnete Jean-Pascal Hohm aus Cottbus gewählt. Im Interview mit *Compact TV* erklärte er als primäre Aufgaben seiner Organisation, Kaderschmiede für die Partei zu sein und Kommunikation und Entwicklung der Mutterpartei zu verbessern. Björn Höcke kennt Hohm seit Jahren und erklärte, dieser werde »ein guter Bundesvorsitzender« sein, »weil er Brücken bauen kann und im Kontakt mit den Vorfeldorganisationen ist«.



Jean-Pascal Hohm

Im 15 Köpfe zählenden Bundesvorstand sind mit fünf Personen die Mitteldeutschen unterrepräsentiert, wenn man nicht von der Bevölkerungszahl dieser fünf Bundesländer (ohne Berlin) ausgeht, sondern von der Zustimmung dort bei Wahlen. Zwei der 15 Bundesvorstandsmitglieder sind Frauen – beide kommen aus Niedersachsen. Es handelt sich dabei um die Göttingerin Reinhild Goes und die nationale Julia Gehrkins aus Winsen/Luhe. Letztere bekannte sich in einer kämpferischen Rede zur Mutterschaft der deutschen Frau und zur millionenfachen Remigration. Sie ist Mitglied der antifeministischen Gruppe »Lukreta«, einer »unabhängigen Initiative junger Frauen«, die sich für »traditionelle Familienwerte und die zentrale Rolle der Frau als liebevolle Mutter« einsetzt. Mit dem Studenten und FPÖ-Mitglied Wendelin Fessl vertritt ein Österreicher und Burschenschafter das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern. Mit dem aus Bangladesch stammenden (O-Ton »ungeimpften«) studierten Maschinenbauer Nafiur Rahman (27) repräsentiert ein konvertierter Christ (ehemaliger Moslem) das Bundesland Hessen als Beirat im Bundesvorstand.

Der Gründungskongreß der AfD-Jugendorganisation war begleitet von massiven Protesten der gewalttätigen Antifa, die schon ganz in der Früh Straßen und Zufahrtswege rund um Gießen blockierte, wobei die Polizei nicht überall entschlossen einschritt. Dennoch schaffte jene es nicht, ihr Versprechen umzusetzen, Gießen zum Brennen zu bringen. ■

Noch zusätzlich 135,7 Milliarden für die Ukraine

In einem Schreiben an die 27 Staats- und Regierungschefs forderte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen Anfang November eine weitere Unterstützung für die Ukraine in Höhe von 135,7 Milliarden. Nur so könne der akute Finanz- und Militärbedarf Kiews für die Jahre 2026 und 2027 gedeckt werden. Von der Leyen, die von einem Ende des Krieges bis spätestens Ende 2026 ausgeht, nannte ihren Vorstoß »Reparationskredit« (sic) und machte Druck im Brüsseler Kessel: Sie erwarte eine Einigung bis zum EU-Gipfel im Dezember und mahnte, Europa dürfe sich »keine Lähmung leisten«. Laut Analyse der Kommission benötigt die Ukraine in diesem Zeitraum rund 83 Milliarden für Verteidigungsausgaben und etwa 55 Milliarden zur Stabilisierung der staatlichen



Viktor Orbán

Finanzen. Nach Adam Riese wären das 186 Millionen Euro pro Tag. Grundlage der Schätzung sind Berechnungen des IWF und ukrainischer Behörden. Von der Leyen mahnte, Europa dürfe sich »keine Lähmung leisten«, da ein Ende des Krieges weiterhin nicht absehbar sei. Bemerkenswert ist die empörte Antwort von Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán auf die Forderung nach weiteren Milliardenzahlungen an die Ukraine. Auf X ließ er veröffentlichen: »Ich habe heute einen Brief von Präsidentin Ursula von der Leyen erhalten. Darin schreibt sie, dass die Finanzierungslücke der Ukraine erheblich sei, und bittet die Mitgliedstaaten um weitere Gelder. Das ist unfassbar. In einer Zeit, in der deutlich geworden ist, dass eine Art Kriegsmafia das Geld der europäischen Steuerzahler veruntreut, schlägt die Kommissionspräsidentin, anstatt echte Kontrollen zu fordern oder Zahlungen auszusetzen, vor, noch mehr Geld zu schicken.

Das Ganze ist, als würde man einem Alkoholiker helfen wollen, indem man ihm noch eine Kiste Wodka schickt. Ungarn hat seinen gesunden Menschenverstand nicht verloren.« (Quelle: tichyseinblick.de)

Von der deutschen Bundesregierung waren zunächst keine Stellungnahmen zu den neuen Zahlungsaufforderungen veröffentlicht worden. In den EU-Ländern, auch in Deutschland, sinkt bekanntlich die Bereitschaft, für die Unterstützung der Ukraine immer tiefer in die eigene Tasche zu greifen. Vor allem Friedrich Merz sprach sich dafür aus, daß die eingefrorenen Vermögenswerte der russischen Zentralbank in Höhe von rund 200 Milliarden Euro, die auf Konten des Zentralverwalters Euroclear in Brüssel liegen, für die ukrainische Finanzierungslücke verwendet werden. Doch stieß das Duo Merz-von der Leyen nicht auf einhellige Zustimmung. Nicht alle EU-Mitglieder sind bereit, sich dem Diktat aus Brüssel bedingungslos zu unterwerfen. Vor allem Belgien blockiert derzeit die Nutzung eingefrorener russischer Vermögenswerte zur Ukraine-Finanzierung, da es rechtliche Bedenken hat und der belgische Premier eine mögliche russische Vergeltung befürchtet.

Schließlich wurde beim EU-Gipfel im Dezember ein Kompromiß erzielt: Die Ukraine erhält von der EU einen zinslosen Kredit über 90 Milliarden Euro, und Russisches Vermögen bleibt eingefroren. Merz hat sich also nicht durchgesetzt. Zum EU-Beschluß des 90-Milliarden-Euro-Kredit für die Ukraine wurde – so en passant – mitgeteilt, daß er nicht unwesentliche Folgen für die Nettozahler haben wird, insbesondere für Deutschland, das 700 Millionen Euro an Zinsen zahlen wird – pro Jahr. (Quelle: tichyseinblick.de, 22.12.25) ■

Auch die AfD wird es freuen

Am 7. 11. ist die Linke mit ihrer Kandidatin Clara Büniger für den Geheimdienst-Ausschuß des Bundestags erneut gescheitert, und zwar infolge einer Blockade der Union. Das Parlamentarische Kontrollgremium (PKGr), das aus neun Mitgliedern besteht, ist für die Kontrolle der Nachrichtendienste des Bundes zuständig, überwacht den Bundesnachrichtendienst, erhält Zugang zu sensiblen Informationen und tagt deshalb unter strenger Geheimhaltung in einem abhörsicheren Raum. Als zweitstärkste Kraft im Parlament beansprucht die AfD einen Platz im Bundestagsausschuß zur Kontrolle der Nachrichtendienste für sich. CDU und SPD sehen darin eine Gefahr für die nationale Sicherheit weshalb die beiden Sitze der AfD (neben der der Linkspartei) derzeit nicht besetzt sind. Die AfD wurde 2017 noch ins PKGr gewählt, 2021 aber nicht mehr. Nun hat die Verfassungsrechtlerin Frauke Brosius-Gersdorf, die im August selber angesichts einer Blockade der Union ihre Kandidatur für die Wahl einer der drei neu zu besetzenden Verfassungsrichter-Stellen zurückzog, Clara Bünigers Nichtwahl scharf kritisiert und als »verfassungsrechtlich bedenklich« bewertet. »Verfassungsrechtlich bedenklich«, weil, so die Juristin, nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts für die Abgeordneten aus ihrem verfassungsrechtlichen Recht auf freies Mandat das Recht zur gleichberechtigten Mitwirkung an der Willensbildung und Entscheidungsfindung des Bundestags folge. »Als politische Kräfte sind die Fraktionen gleich und entsprechend ihrer Stärke zu behandeln. Die Mitwirkungsbefugnis der Abgeordneten erstreckt sich auch auf die Ausschüsse des Deutschen Bundestags.«



Frauke Brosius-Gersdorf, Bild: fr.de

Die spiegelbildliche Zusammensetzung der Ausschüsse des Bundestags entsprechend der Fraktionsstärke diene unter anderem dem Minderheitenschutz, also dem Schutz der Opposition. »Deshalb besteht grundsätzlich die Pflicht zur Wahl der von den Fraktionen nominierten Kandidaten in die Ausschüsse«, so Brosius-Gersdorf. (Quelle u.a.: t-online.de, 11.11., regionalheute.de, 12.11.) Die sogenannte Brandmauer sei daher kein Grund, eine Kandidatin bzw. einen Kandidaten nicht zu wählen. Und das gilt aus unserer Sicht auch für die AfD. ■

Bremen gönnt sich Millionen-Klo aus Sondervermögen

Daß zahlreiche Kommunen am Abschlag sind und im Jahr 2025 auf ein Rekorddefizit zusteuern, ist hinlänglich bekannt. Ende Oktober veröffentlichten die Oberbürgermeister von 13 Landeshauptstädten, darunter auch wirtschaftsstarke Kommunen wie Düsseldorf, München und Stuttgart, einen »Brandbrief« an Bundeskanzler Merz und die Landesregierungen. Tenor des Schreibens: Die Städte seien am Rande ihrer Leistungsfähigkeit.

Das gilt auch für die zehntgrößte deutsche Stadt Bremen, die finanziell alles andere als auf Rosen gebettet ist. Der Schuldenberg der Freien Hansestadt betrug Ende 2024 24,8 Mrd. Euro und lag damit höher als in Sachsen, Thüringen, Brandenburg und Saarland. Noch deutlicher wird das Ausmaß der öffentlichen Verschuldung Bremens, wenn sie ins Verhältnis zur Größe des kleinsten Bundeslandes gesetzt wird. So liegt die Hansestadt bei der Pro-Kopf-Verschuldung im Bundesländer-Vergleich mit großem Abstand vorne. Pro Bürger erreicht Bremen fast den doppelten Verschuldungsgrad wie Berlin, was schon einiges heißt.

Vor diesem nicht unbedingt rosigen Hintergrund will die Stadt besonders zeitgeistkonform auffallen und plant, aus dem sogenannten »Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz« zunächst eine Million Euro für eine Gender-Toilette in der Bremer Haupteinkaufsstraße zu verwenden. Die laufenden Kosten sollen ab Start 300.000 Euro betragen und jährlich um 2,5 Prozent anwachsen. Weil 25 Jahre Mietdauer angestrebt werden, verschlingt allein dieser Posten knapp 10 Millionen Euro. Das nennt man »Zweckentfremdung von Steuergeldern im großen Stil«.

Die Grüne Henrike Müller, Bremens Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft, die nebenbei auch im Vorstand des Zentrums Gender Studies sitzt, rechtfertigt die horrenden Kosten damit, daß »sowohl ein Unisex-Angebot als auch ein Angebot ausschließlich für Frauen bzw. FLINTA-Personen« geschaffen würde. FLINTA steht übrigens für Frauen, Lesben, Intergeschlechtliche, Nicht-binäre, Trans und Agender. Unfaßbar: Wenn Ideologie wichtiger wird als Infrastruktur. (Quelle: m.bild.de, 11.12.25) ■

Fast jede deutsche Stadt und Gemeinde vor der Pleite! Das ist nichts Neues. Laut m.bild.de vom 22.11.25 können allein in Nordrhein-Westfalen von 396 Städten und Gemeinden nur noch zehn einen ausgeglichenen Haushalt vorlegen. Diese alarmierenden Zahlen aus Deutschlands größtem Bundesland lassen sich aufs ganze Land übertragen. Die Ursachen für die finanzielle Schwäche sind bekanntlich stark gestiegene Sozialausgaben und insbesondere Kosten in schwindelerregender Höhe für Flüchtlingsunterkünfte und Integration, die vom Bund und den Ländern auf die Städte übertragen werden. Im Jahre 2024 mußte Berlin fast 900 Millionen Euro für die Unterbringung von Flüchtlingen zahlen. Vor allem die Anmietung von Hotels und teure Sicherheitsdienste waren und sind Kostentreiber. Diese Probleme haben zu einem Anstieg der Pro-Kopf-Verschuldung geführt, der inzwischen auf 2206 Euro pro Einwohner angewachsen ist.

Kurzmeldungen

Bargeld bleibt. Eine erfreuliche Nachricht. Nach Auffassung von Burkhard Balz, Vorstandsmitglied der Deutschen Bundesbank, bleibe Bargeld ein unverzichtbarer Bestandteil der Zahlungsinfrastruktur, auch wenn in Deutschland immer häufiger bargeldlos gezahlt werde. Im Jahr 2023 waren es noch gut die Hälfte der Transaktionen an der Ladenkasse. Balz wies auf die Funktion in Krisenzeiten hin: »Bargeld ist unabhängig von Technik, Strom und Internet nutzbar.« Eine Krisenübung zeigte: Bei Ausfällen von Visa und Mastercard bleibt Bargeld unverzichtbar. Nun wirbt die Bundesbank für Barzahlung und verteilt kostenlose Aufkleber an Händler, die auf Barzahlung hinweisen. (Quelle u.a.: handelsblatt.com, 13.11.25)

Neue Krippe in Ulm. Der »Brezelkönig« ist weg: Nach Rassismussvorwürfen hat das Ulmer Münster nun eine neue Weihnachtskrippe. Die bisherige Krippe, die seit 1992 in der größten protestantischen Kirche Deutschlands stand, war im Herbst 2020 in die Kritik geraten. Heftig diskutiert wurde um die als klischeehaft und rassistisch eingestufte Figur des schwarzen Königs Melchior, der mit wulstigen Lippen und Goldreifen an Ohr und Fußknöchel dargestellt war. (Quelle: katholisch.de, 1.12.25)

Weihnachtsmesse mit Schleim-Jesus. Keine Holzfigur in einer Krippe, sondern ein erwachsener Mensch in einer schleimigen Hülle, der sich wie ein frisch geborenes Kalb auf einem Strohhaufen windet. So wurde Jesus in der Christmette gezeigt, die die ARD am Heiligabend live im Fernsehen von der katholischen Kirche St. Maria in Stuttgart übertrug. Zuschauer fühlten sich an einen »atmenden Alien« erinnert, viele bezeichneten die Darstellung als »krank und abartig«. (Quelle: m.bild.de, 17.12.25)

Linksradikale Pfarrerin traut vier migrantische Männer zu einem Ehepaar. Polygamie, also Vielehe, ist bekanntlich in Deutschland verboten. Nichtsdestotrotz hat die evangelische Berliner Pfarrerin Lena Müller hat im Sommer vier Männer im Rahmen eines Pop-up-Hochzeitsfestivals miteinander verheiratet! »Was sollte Gott dagegen haben?«, verteidigt sie ihre Trauung. »Man konnte sofort sehen, daß da ganz viel Liebe zwischen ihnen war«, wurde die Pfarrerin zitiert. »Deshalb waren wir uns im Team schnell einig: Was sollte Gott dagegen haben, daß es nun eben vier sind und nicht zwei?« Als ihre Schwerpunkte nennt sie »Inklusion und intersektionalen Feminismus, Queerfreundlichkeit und Antirassismus«. (Quelle: m.bild.de, 8.11.25)

Fahnenstreit in der evangelischen Kirche. Eigentlich ist an kirchlichen Gebäuden nur eine Fahne erlaubt – die Kirchenfahne mit einem violettfarbenen Kreuz auf weißem Grund, das Symbol der evangelischen Kirchen. Das ist seit 1947 in einer Verordnung so festgelegt. Mittlerweile hissen viele Kirchengemeinden aber häufig und gern die Regenbogenfahne, die für die LGBTQ-Bewegung stehen kann. Nun wurde bei der EKD-Synode in Dresden im November ein Beschluß zur Be-

flaggung von Kirchengebäuden gefaßt: Künftig soll die Beflaggung an kirchlichen Gebäuden »der Darstellung der Kirche in der Öffentlichkeit« dienen und »dem Auftrag der Kirche nicht widersprechen«. Also: Regenbogenfahne, die ein Symbol für Vielfalt sei und dem »kirchlichen Selbstverständnis« entspreche, ja; Deutschlandfahne nein. Dennis Pfeifer, Leiter der Evangelischen Nachrichtengentur IDEA (Wetzlar), befindet hingegen: »Daß eine Kirche die schwarz-rot-goldene Fahne – Symbol unserer freiheitlichen Demokratie – skeptisch betrachtet, ist befremdlich. Unsere Nationalflagge steht für Einigkeit und Recht und Freiheit.« (Quelle: m.bild.de, 12.11.25; wetzlar-kurier, 12-2025)

Brandbrief von 1100 Lehrern. In nahezu jeder Nummer des *Freien Forums* weisen wir auf die katastrophalen Zustände an deutschen Schulen hin. Die Gründe sind mannigfaltig und den meisten Lesern bekannt. Nun liegt ein Brandbrief von 1100 Lehrern, der sprachlos macht und das Bildungs-Desaster in Deutschland offenbart. Die Schüler könnten nicht zuhören, mitdenken und nachfragen, Stifte nicht mehr richtig halten, nicht »schneiden, kleben, länger (aufrecht) sitzen, Schuhe binden«. Als weitere Defizite sind angegeben: »Ordnung halten, Regeln anerkennen und einhalten, selbständiger Toilettengang«. Das bedeutet: Manche Kinder sind nicht gewohnt, Klopapier zu nutzen und sich selbst wieder anzuziehen. (Quelle: m.bild.de, 1.12.25)

Verbindliche Bildungsabsenkung. Das Land Niedersachsen streicht schriftliches Dividieren aus dem Lehrplan. Auch das Rechnen mit Kommazahlen soll weitgehend aus den Lehrplänen verschwinden. Die Kommaschreibweise werde künftig nur noch dort verwendet, »wo sie im Alltag für Kinder eine unmittelbare Bedeutung besitzt, beispielsweise beim Umgang mit Geld«. Die Begründung? Es sei schlicht »zu komplex« für die Schüler. Das heißt: Weil etwas schwierig, wird es nicht mehr gelehrt. Der Staat kapituliert vor dem Anspruch und verordnet Mittelmäßigkeit. Besonders schlimm: Die Änderungen gelten verbindlich für alle Grundschulen in Niedersachsen. Das Kennntner-Portal, das in dieser Entscheidung »ein Symptom des systematischen Niedergangs« erkennen will, fragt ohne Umschweife: »Wem nutzt ein Volk, das nicht rechnen kann?« (Quelle: u.a. kettner-edelmetalle.de, 23.12.25)

Sechs Geschlechter bei Einschulung zur Auswahl. Ein Anmeldeformular einer Grundschule im niederösterreichischen Absdorf hat eine heftige Debatte entfacht. Künftige Schulanfänger können dort bei der Geschlechtsangabe aus insgesamt sechs Optionen wählen. Eltern und die FPÖ laufen Sturm gegen diese Gender-Entscheidung, die mehr Inklusion und Vielfalt ermöglichen soll. Wie kam es dazu? Aufgrund von Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention beschloß die Regierung in Wien im Jahre 2022 eine Änderung des Meldegesetzes. Seitdem gibt es auf den österreichischen Meldezetteln in der Kategorie Geschlecht sechs Auswahlmöglichkeiten: männlich, weiblich, divers, inter, offen und keine Angabe. Und genau diese sechs Auswahlmöglichkeiten hat die Volksschule übernommen. (Quelle: u.a.; rosenheim24.de, 8.12.25) An österreichischen

Schulen gebe es andere Probleme zu lösen, als diesem Gender-Hirngespinnst nachzuhängen; etwa die Tatsache, daß laut Wiener Volkspartei mehr als die Hälfte der Schulanfänger in Wiens öffentlichen Volksschulen kein Deutsch versteht. Laut Wiener Volkspartei müßten 50,9 Prozent der Schulanfänger und damit 10.931 Schüler im aktuellen Schuljahr als außerordentliche Schüler geführt werden. (Quelle: heute.at, 15.12.25)

Kopftuchverbot an Schulen beschlossen. Mit großer Mehrheit (nur die Grünen stimmten dagegen) hat der österreichische Nationalrat ein Kopftuchverbot bis 14 Jahren an Schulen beschlossen. Die Regierung spricht von einem »historischen Schritt«, Glaubensvertreter warnen hingegen vor Stigmatisierung. Familien- und Integrationsministerin Claudia Plakolm (ÖVP) meinte im Parlament, das Kopftuch sei kein harmloses Stück Stoff, sondern vielmehr ein Zeichen der Unterdrückung. Kein Mädchen in Österreich solle damit aufwachsen, daß sein Körper versteckt werden müsse, argumentierte sie. (Quelle: u.a. spiegel.de, 11.12.2025)

Bundeszentrale für Politische Bildung immer linker. Mit Sönke Rix soll ein führender Vertreter des linken Parteiflügels der SPD neuer Chef der Bundeszentrale für politische Bildung werden. Rix, der von 2005 bis 2025 für die Partei im Bundestag saß, fiel mit ausfälligen Äußerungen gegenüber CDU/CSU und AfD vielfach negativ auf. Als Friedrich Merz 2023 beklagte, daß Asylbewerber in Deutschland eine Vorzugsbehandlung bekämen (»Die sitzen beim Arzt und lassen sich die Zähne neu machen, und die deutschen Bürger nebedran kriegen keine Termine«), warf ihm Rix vor, »rassistische Ressentiments« zu schüren und immer weiter »nach rechts« zu driften. AfD-Politiker beschimpft(e) er rundweg als »Nazis«, darunter selbst die damalige Kandidatin der Partei für das Amt des Bundestagsvizepräsidenten, Mariana Harder-Kühne, im Jahre 2029. Die Bundeszentrale für Politische Bildung, die 1952 gegründet wurde und dem Bundesinnenministerium untersteht, soll laut Satzung durch Maßnahmen der politischen Bildung Verständnis für politische Sachverhalte fördern, das demokratische Bewußtsein festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit stärken. In der Vergangenheit fiel die Behörde allerdings vielmehr mit politischer Einseitigkeit auf. So zeichnete die Bundeszentrale einen linksextremen Verein für sein Engagement gegen die AfD aus und honorierte den Kampf gegen die Oppositionspartei mit 2000 Euro. Das Jahresbudget beträgt rund 80 Millionen Euro. (Quelle: jungefreiheit.de, 19.11.25)



Sönke Rix

Regierungskritik rechtsextrem? Die steuerfinanzierte NGO »Klicksafe« sei offiziell eine »Sensibilisierungskampagne zur Förderung der Medienkompetenz im Umgang mit dem Internet und neuen Medien«. Die von der EU unterstützte Initiative wurde mit 7,6 Millionen Euro gefördert, je zur Hälfte von der EU und der Medienanstalt Rheinland-Pfalz. Sie kämpft für mehr »Sicherheit im Netz« und gegen vermeintliche Desinformation. Sie bringt Schülern bei, daß es »rechtsextrem« sei, die Regierung in Frage zu stellen. (Quelle: u.a. nius.de, 22.12.25)

Ehe-Befürworter als »rechtspopulistisch diffamiert. Die Journalistin Anja Reschke, die seit 2001 das Fernsehmagazin »Panorama« für den Norddeutschen Rundfunk moderiert, sorgte unlängst für ein Eklat: Sie meinte, daß Frauen als Singles glücklicher sind und nur Männer von Partnerschaften profitieren – wer dennoch am »System« der Ehe festhalten möchte, sei oft Teil »rechtspopulistischer Kreise«. Man erinnere sich, daß das Bundesverfassungsgericht wiederholt festgestellt hat, daß Ehe und Familie unter dem besonderen Schutz des Grundgesetzes stehen. Demnach wird Reschke das BVerG zu den »rechtspopulistischen Kreisen« rechnen. (Quelle: apollo-news.net 22.12.25)

Hinterfragen von transsexueller Identität bald EU-weit strafbar? Die EU-Kommission muß sich mit einer Bürgerpetition befassen, die ein Verbot von »Konversionstherapien« für Jugendliche und Erwachsene in der gesamten Europäischen Union anstrebt. Damit soll verboten werden, jemanden vom Wunsch eines »Geschlechtswechsels« abzubringen. Mit 1.128.063 Unterschriften wurde die Petition inzwischen als gültig anerkannt, da die Voraussetzungen erfüllt (mindestens eine Million Unterschriften aus mindestens einem Viertel der Mitgliedstaaten) erfüllt sind. Die EU-Kommission hat nun sechs Monate Zeit, eine offizielle Stellungnahme abzugeben und zu prüfen, ob und wie daraus EU-Recht werden soll. (Quelle u.a.: apollo-news.net, 23.11.25; express.at)

Skurrilität auch in der Schweiz. Der Blasinstrumentenreparateur Emanuel Brünisholz aus dem schweizerischen Burgdorf muß zehn Tage in Haft, weil er auf Facebook schrieb, daß man an Skeletten nur Männer und Frauen erkenne. Nach einem Schuldspruch wegen »Diskriminierung und Aufruf zu Haß« und der Nichtbegleichung der Buße in Höhe von 500 Franken (rund 800 Franken Gebühren) sollte er Anfang Dezember eine zehntägige Ersatzfreiheitsstrafe antreten. Nach Angaben von *Inside Paradeplatz*, das Auszüge aus der polizeilichen Einvernahme veröffentlicht hat, schrieb er: »Wenn man die LGBTQI nach 200 Jahren ausgräbt, wird man anhand der Skelette nur Mann und Frau finden. Alles andere ist eine psychische Krankheit, die durch den Lehrplan hochgezogen wurde!« (Quelle: apollo-news.net, 12.11.25)

EU will Online-Altersverifikation weiter vorantreiben. Das »Europäische Gremium für digitale Dienste« (Digital Services Act) will 2026 gemeinsam mit der EU-Kommission weiter an einer einheitlichen Methode zur Altersverifikation im Netz arbeiten. Offiziell dient der Vorstoß dem Jugendschutz. Nun ist es möglich, Personalausweise oder Pässe in einer Test-App registrieren zu lassen, um sich zu »verifizieren«. (apollo-news.net, 23.11.25) Da sensible persönliche Daten wie Ausweisdokumente oder biometrische Daten gespeichert und verarbeitet werden müssen, befürchten nicht wenige, daß eine Überwachungsinfrastruktur im Internet, verbunden mit einer möglichen Einschränkung der Meinungsfreiheit, geschaffen würde.

Posthume Säuberung. Die Spitzenorganisation der Filmwirtschaft (SPIO) hat 14 Filmgrößen, darunter Leni Riefenstahl und Heinz Rühmann, posthum die Ehren-

medaille entzogen. Dies ist eine Folge aus einer Studie des Münchner Instituts für Zeitgeschichte, die die NS-Vergangenheit der Preisträger untersuchte. Die Auszeichnungen werden aufgrund ihrer Einstufung als »NS-belastet« oder »NS-konform« aberkannt. Die Aberkennung erfolge als klares Zeichen gegen den wieder erstarkenden Rechtsextremismus, Rassismus, Diskriminierung und Hetze. Man sehe eine gesellschaftspolitische Pflicht, historische Verstrickungen transparent zu machen, sagte SPIO-Präsident Peter Schauerte. (Quelle: berliner-zeitung.de, 20.11.25)



Heinz Rühmann.

Innenpolitischer Skandal in Thüringen. In der offiziellen Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage des AfD-Abgeordneten Ringo Mühlmann mußte die Thüringer Landesregierung einräumen, daß im Jahr 2024 109 antisemitische Straftaten als »politisch motiviert – rechts« eingestuft wurden, obwohl kein einziger Täter ermittelt wurde. Damit widersprach sich das Innenministerium selbst – noch im Juli hatte es erklärt, eine solche Zuordnung erfolge nicht ohne Täterkenntnis. Eine nachvollziehbare Begründung für die Zuordnung geht aus der Antwort nicht hervor, und die Landesregierung ist offenbar auch nicht gewillt, eine solche Begründung zu liefern. Mühlmann erhebt deshalb schwere Vorwürfe: »Die Landesregierung verweigert jede konkrete Auskunft zur Art der Taten oder zu den Gründen für die Einstufung – weil sie angeblich zu aufwendig wäre.« Wer so arbeite, wolle keine Aufklärung, »sondern ein politisches Narrativ bedienen«. (Quelle: freilichmagazin.com, 6.11.25)

Weisung des US-Außenministeriums in Sachen Massenmigration. Trump hat kürzlich erklärt, »nur reverse migration« (»umgekehrte Migration« könne die USA retten. In einer Weisung des US-Außenministeriums an Staatsbediensteten in westlichen Ländern, auf eine schärfere Migrationspolitik hinzuwirken, heißt es am 21.11.25: »Die Massenmigration stellt eine existentielle Bedrohung für die westliche Zivilisation dar und untergräbt die Stabilität wichtiger Verbündeter der USA. Westliche Nationen haben unter einer Welle von Kriminalität, Terroranschlägen, sexuellen Übergriffen und der Vertreibung von Gemeinschaften gelitten. US-Beamte werden die Regierungen dazu auffordern, entschlossene Maßnahmen zu ergreifen und die Bürger vor den Gefahren der Massenmigration zu schützen.« Friedrich Merz konterte etwas irritiert umgehend den Druck aus den USA und verbat sich eine Einmischung der USA in die deutsche Migrationspolitik. »Da brauchen wir keine Ermahnungen von außerhalb«, sagt er zu einer Weisung des US-Außenministeriums an Staatsbediensteten in westlichen Ländern, auf eine schärfere Migrationspolitik hinzuwirken. (Quelle u.a.: stern.de, 27.11.15)

»Antifa-Ost« auf Terrorliste gesetzt. Die USA haben die deutsche Antifa-Gruppe »Antifa Ost«, die sogenannte »Hammerbande« als »ausländische Terrororganisation« eingestuft. Das US-Außenministerium erklärte am 8.11., das linksextremistische Netzwerk zwischen 2018 und 2023 in Deutschland und Ungarn

»zahlreiche Angriffe auf Personen verübt, die sie als Faschisten oder Teil der rechts-extremen Szene wahrnimmt«. Die Einstufung trat am 20. November in Kraft. Mitglieder dürfen nicht mehr in die USA einreisen; Geschäftsbeziehungen zu ihnen stehen unter Strafe. Die US-Regierung hatte nach dem Attentat auf den ultrakonservativen Aktivistin Charlie Kirk ein härteres Vorgehen gegen linksgerichtete Gruppierungen angekündigt. (Quelle u.a.: deutschlandfunk.de, 14.11.25)

Einreiseverbot gegen Sellner aufgehoben. Im Oktober 2024 hatte das Schweizer Bundesamt für Polizei (Fedpol) ein Einreiseverbot für den Aktivistin Martin Sellner verhängt. Nun hat das Bundesverwaltungsgericht dieses Verbot für rechtswidrig erklärt und rückwirkend aufgehoben. Außerdem muß die Eidgenossenschaft eine Entschädigung in Höhe von 3000 Franken an den Österreicher zahlen. Das Gericht meinte, es hätten nicht ausreichend Anhaltspunkte für eine sicherheitsrelevante Gefahr durch Sellner vorgelegen. (Quelle: srf.ch, 10.11.25)

Immer mehr Deutsche kiffen. In Deutschland geht der Konsum von Alkohol und Tabak erfreulicherweise tendenziell zurück, dafür nimmt der Cannabiskonsum erheblich zu. 2012 gaben noch 4,5 Prozent an, Cannabis genutzt zu haben. Im Jahr 2024 waren es bereits rund 9,8 Prozent der Erwachsenen – also fast jeder Zehnte; laut einer aktuellen Studie überproportional bei den 30-, 40- und 50-Jährigen. Experten sehen keinen Einfluß der teilweisen Legalisierung auf den Trend. Die alle drei Jahre in der BRD durchgeführte Studie (Epidemiologischen Suchtsurveys, ESA) weist auf eine besonders beliebte, gleichsam auch schädliche Praxis, Cannabis zu konsumieren, hin: Neun von zehn Cannabiskonsumenten rauchen ihr Marihuana zumindest gelegentlich auch zusammen mit Tabak, was die Gefahren deutlich vergrößere. »Tabak im Joint« wirke sich besonders nachteilig auf die Lunge und das Herz-Kreislauf-System aus. (Quelle: mdr.de, 14.11.25)

Kahlschlag bei Hannover. Im niedersächsischen Sarstedt-Ruth muß ein Obsthof seine Plantage räumen und ganze 22.000 Apfelbäume roden. Die Stadt Hannover hat den Ende 2025 auslaufenden Pachtvertrag nicht verlängert, weil die Leibniz Universität Hannover (LUH) auf dem Gelände eine »nachhaltige Photovoltaikanlage« zur Deckung ihres eigenen Energiebedarfs bauen wolle. »Der Obsthof verliert damit eine mit hohen Investitionen verbundene ertragsstarke Anbaufläche, die auch als ökologisch wertvolles Biotop gilt.« (afd-hildesheim.de, 25.11.25) Der um ein Kompromiß bemühte Obsthof hatte vorgeschlagen, eine sogenannte »Agri-PV-Anlage« zu installieren, bei der die Solarmodule hoch genug gebaut sind. Vergeblich. Das Portal report24.news (18.11.25) befand: »Ein weiteres Beispiel dafür, wie wenig der Klimakult von Bäumen hält, wenn diese ihren Windkraftwerken und Solaranlagen im Weg sind.«

Altkanzler Scholz hetzt gegen die AfD. Im Rahmen eines Bürgergesprächs in seinem Wahlkreis, im brandenburgischen Blankenfelde-Mahlow, hat Olaf Scholz die AfD scharf angegriffen und Parallelen zur Weimarer Republik und zur NSDAP gezogen. Die AfD sei eine Partei, die von einem homogenen Volk spreche, das nur sie wahrheitsgemäß vertrete. Das, was die AfD im Bundestag äußert, »nicht hinten

am Pult, sondern auf den Sitzbänken, ist so schlimm, daß man sich hinterher jedes Mal duschen möchte«, sagte er auf die Frage einer Bürgerin, warum es eine Brandmauer gegen die AfD gebe. (Quelle u.a.: handelsblatt.com, 19.11.25)

»**Zielt hierauf**«. In der letzten Ausgabe des *Freien Forums* berichteten wir, daß die Jugendorganisation der Partei Die Linke in Hannover Aufkleber mit der Abbildung der AfD-Bundesvorsitzenden Alice Weidel im Fadenkreuz verteilt hatte. Insbesondere nach dem kürzlich erfolgten tödlichen Schußattentat auf den US-Aktivisten Charlie Kirk sorgte der Aufkleber mit der eindeutigen Botschaft für besondere Aufregung. Man habe nun Strafanzeige gegen die Organisation erstattet, erklärte damals die AfD. Nun heißt es, daß trotz Morddrohung gegen die AfD-Chefin die Staatsanwaltschaft Hannover das Verfahren eingestellt hat. Es habe ausgereicht, daß die extremistische Jugendgruppierung behauptet habe, sie sei es nicht gewesen. (Quelle: u.a. haz.de, 15.12.25, u. jungfreiheit.de, 19.12.25)

Steht das Fragerecht in Frage? Der Abgeordnete des Bundestages hat gegenüber der Bundesregierung ein Frage- und Informationsrecht, das mit einer prinzipiellen schriftlichen Antwortpflicht der Bundesregierung einhergeht. Das Fragerecht des Abgeordneten ist im Grundgesetz nicht ausdrücklich geregelt, wird aber vom Bundesverfassungsgericht aus Art. 38 Abs. 1 S. 2 und Art. 20 Abs. 2 S. 2 GG hergeleitet. Das Fragerecht ist laut Bundesverfassungsgericht ein wichtiges Instrument der Kontrolle der parlamentarisch verantwortlichen Regierung. Grundsätzlich sind parlamentarische Anfragen und dazugehörige Antworten öffentlich zugänglich. Nach Ansicht mancher Abgeordneten fragt die AfD einfach zuviel und wird gar verdächtigt, mit ihren Anfragen das Fragerecht zu mißbrauchen. Beispielsweise hatte Thüringens Innenminister Georg Maier (SPD) im Oktober den Verdacht geäußert, »daß die AfD mit ihren Anfragen eine Auftragsliste des Kremls abarbeitet« (sic). Nun hat die Präsidentin des bayerischen Landtags Ilse Aigner (CSU) festgestellt, daß AfD-Anfragen vor allem zu sicherheitsrelevanten Themen »sehr intensiv gestellt« würden, und daher die Frage aufgeworfen, ob bestimmte Antworten auf schriftliche Anfragen im Parlament zukünftig der Geheimhaltung unterliegen sollten. (Quelle u.a. sueddeutsche.de, 9.11.25) Eine neue Form von Zensur bahnt sich an.



Georg Maier. Der Innenminister von Thüringen hegt den Verdacht, daß die AfD Informationen über Deutschlands kritische Infrastruktur an Russland liefert.

»**Operation Plan Germany**«. Ein geheimes Dokument der Bundeswehr mit dem Namen »Operation Plan Germany« (kurz: OPLAN DEU) beschreibt, wie Deutschland im Falle eines Krieges mit Russland als zentrale Drehscheibe für die NATO dienen soll. Laut dem *Wall Street Journal* wurde das 1200 Seiten umfassende Papier bereits vor rund zweieinhalb Jahren in der Julius-Leber-Kaserne in Berlin entworfen. Seitdem arbeiten deutsche Militärs daran, den Plan umzusetzen. Das Ziel des Plans ist es, bis zu 800.000 Soldaten aus Deutschland, den USA und anderen NATO-Staaten schnellstmöglich an die Ostflanke der Allianz zu verlegen.

Dafür werden detaillierte Routen über Häfen, Flüsse, Straßen und Schienenwege festgelegt. Auch die Versorgung und der Schutz der Truppen während des Transports sind Teil des Konzepts. Eine der größten Herausforderungen für die Umsetzung des Plans ist allerdings die marode Infrastruktur in Deutschland. (Quellen u.a.: focus.de, 27.11.25; krone.at, 30.11.25)

Auf von der Leyen kommen schwere Zeiten zu. Ungarn will »keinen einzigen Migranten« aufnehmen. Ungarns Außenminister Peter Szijjarto hat für das Jahr 2026 eine harte Linie in der Migrationspolitik der EU angekündigt. Man werde keine Migranten aufnehmen und sich auch finanziell nicht an der EU-weiten Flüchtlingsverteilung beteiligen. »Wir wollen keine Migranten, wir wollen keine Parallelgesellschaften, und wir wollen Weihnachten nicht unter Terrorgefahr verbringen.« (Quelle: express.at, 29.12.25)

Pastoral und einlullend. Auf Seite 6 haben wir die außerordentliche schlechte Rede des Bundespräsidenten Steinmeier zum 9. November kritisiert. Seine diesjährige Weihnachtsansprache war nicht besser. Der Journalist Marcus Weingärtner hat sie mit markierenden Worten beschrieben: »Lichterglanz, Sternsinger und dann noch das Friedenslicht aus Bethlehem – wer Frank-Walter Steinmeiers Weihnachtsansprache 2025 hört, fühlt sich in die Kindheit zurückversetzt, als Opa immer die langweile Weihnachtsgeschichte vorlas... Bundespräsident Steinmeiers Weihnachtsansprache 2025 wirkt wie aus der Zeit gefallen – pastoral und einlullend, vorbei an den Problemen des Landes und den Sorgen seiner Bürger. Was die Deutschen gerade bräuchten, ist jemand, der ihre Befürchtungen und Nöte anspricht und ihnen das Gefühl gibt, nicht von einem lieben Onkel in den Schlaf gequasselt zu werden.« Und Weingärtner schlußfolgert: »Deutschland braucht weder diesen Mann noch dieses Amt.« (Quelle: berliner-zeitung.de, 27.12.25)

Unterschätzte Gefahr durch Linksextremismus. Der Brandanschlag auf eine Kabelbrücke in Berlin, der zu einem massiven, tagelangen Stromausfall führte, bei dem Zehntausende Menschen ohne Strom, Heizung und Mobilfunk dasaßen, machte deutlich, wie anfällig moderne städtische Systeme für Sabotageakte sind. Die linksextreme »Vulkangruppe« hat sich zu dem Anschlag bekannt und ihn als zynischerweise »Akt der Notwehr« (!) bezeichnet. Seit 2011 häufen sich Brandanschläge auf Strom- und Datenleitungen in Berlin und Brandenburg. Die terroristische Tat wurde zum Teil scharf kritisiert, etwa von Ulrich Reitz auf focus.de: »Wenn Trump einen Blut-Diktator vor Gericht bringt, entrüstet sich die Linke. Wenn Linksterroristen 45.000 Menschen den Strom abdrehen, schweigt die Straße. Weshalb nur? Was muß eigentlich passieren, bis es in Deutschland eine »Demo gegen links« gibt?« Und der Extremismusforscher Hendrik Hansen mahnt seinerseits an, daß die Politik den Linksextremismus zu wenig im Blick behalte: »Es war ein Fehler, daß man in der Vergangenheit sehr einseitig von politischer Seite aus auf den Rechtsextremismus geschaut hat, und dann auch mal den Islamismus und Linksextremismus vernachlässigt hat... Das ist so schnell nicht umzukehren.« Bis V-Leute einen Einblick in die Szene bekämen, brauche es Zeit. (Quelle: welt.de, 6.1.26)

Zahlen. Eine düstere Bilanz

Die Regierung scheint ratlos, die Schulden steigen, trotz Milliardenhilfen bleibt die Wirtschaft stehen.

Das Vertrauen der Bürger verspielt. Laut einer im September durchgeführten Insa-Umfrage meinten 60,4 Prozent der Bundesbürger, daß es sich heute schlechter in Deutschland lebe als 2015, und lediglich 8 Prozent eine Verbesserung ihrer Lebensverhältnisse sahen.

Hochdramatische Finanzlage der Gemeinden. 25 Prozent aller staatlichen Leistungen werden durch die Kommunen erbracht. Sie bekommen aber nur ein Siebtel aller Steuereinnahmen. Geschätzt wird eine Verschuldung von 31,6 Milliarden bis Ende 2025.

Was kostet Migration den Staat? Die unmittelbaren flüchtlingsbezogenen Ausgaben im Bundeshaushalt stiegen seit 2014 um gut 40 Prozent auf 28,4 Milliarden Euro im Jahr 2024. Auch die Länder zahlen mehr: 6,7 Milliarden Euro für Asylbewerberleistungen zuletzt 179 Prozent mehr als 2014. (Quelle: archive.ph 26.11.25)

Fast 20 Prozent mehr Sexualdelikte: Gewalt an Bahnhöfen explodiert. Neue Schock-Zahlen zu deutschen Bahnhöfen. 2024 schossen die Delikte massiv nach oben: 19,2 Prozent mehr Sexualdelikte, 5,9 Prozent mehr Gewalt, 10,2 Prozent mehr Angriffe auf Bahn-Polizisten. Jeden Tag gibt es mehr als 1000 Delikte an deutschen Bahnhöfen und in Zügen. Allein bis Oktober 2025 wurden fast 3000 Beschäftigte bedroht oder körperlich angegriffen. Politik und Bahn fordern dringend bessere Schutzmaßnahmen für Personal. (Quelle: m.bild.de, 25.11.25; welt.de, 6.1.26)

Fast eine Million abgelehnte Asylbewerber leben in Deutschland. In Deutschland leben fast eine Million Menschen, deren Asylantrag zwar abgelehnt wurde, die aber dennoch im Land bleiben durften. Der Ausreisepflicht wird in vielfacher Form ignoriert und vom Staat nicht durchgesetzt. (Quelle: m.bild.de, 25.11.25)

Deutschland ist Spitzenreiter bei Sozialausgaben – und Schlußlicht bei Bildung. Deutschland gibt mit 41 Prozent der Gesamtausgaben mehr Geld für die soziale Sicherung aus als alle anderen europäischen Staaten, einschließlich der reichen nordischen Länder. Schlußlicht ist Deutschland dagegen im Bildungsbereich mit zuletzt 9,3 Prozent der Gesamtausgaben. (Quelle: welt.de, 26.11.25)

Über 244.000 Syrer haben bereits den deutschen Paß erhalten. Rund 948.000 syrische Staatsangehörige leben laut Ausländerzentralregister in Deutschland (Stand: Ende September 2025). Zwischen 2016 und 2024 haben außerdem rund 244.000 syrische Staatsbürger den deutschen Paß erhalten. (Quelle: mediendienst-integration.de, 27.11.25)

Deutschlands EU-Nettobeitrag ist fast dreimal so groß wie der des Zweitplatzierten Frankreich. Deutschland bleibt einer Studie zufolge trotz Wirtschaftskrise mit Abstand der Nettozahler Nummer eins der Europäischen Union. Im vergangenen Jahr zahlte Europas größte Volkswirtschaft 13,1 Milliarden Euro mehr in den EU-Topf ein, als sie daraus erhielt. (Quelle: welt.de, 29.11.25)

Buchempfehlungen



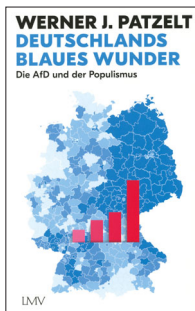
Gerhard Wisnewski · **verheimlicht – vertuscht – vergessen** **Was 2025 nicht in der Zeitung stand**

In der nunmehr 19. Ausgabe seiner inzwischen legendären Jahrbuchreihe nimmt sich der Enthüllungsjournalist das vom Mainstream schön zurechtgeschminkte Vorjahr zur Brust und zerlegt es nach allen Regeln der Kunst. Mit seinem scharfen journalistischen Skalpell seziert Wisnewski das historische Jahr 2023, in dem mafiöse Eliten versuchen, das Schicksal der Menschheit auf den Kopf zu stellen, und gibt viele Antworten auf immer atemloser werdende Fragen: Wo wurde gelogen, verdreht, aufgehübscht, parfümiert und verschwiegen? Und natürlich: Hat Deutschland noch eine Zukunft?. (288 S., geb., zahl. Abb. € 18.-)



Gloria von Thurn und Taxis · **Lieber unerhört als ungehört**

Fürstin Gloria hat sich als öffentliche Person in zahllosen Interviews zu verschiedensten Themen geäußert und gilt bis heute ob ihrer klaren Standpunkte häufig als »umstritten«. Die erfolgreiche Unternehmerin hat bis heute nie ein Blatt vor den Mund genommen, stets ehrlich, oft unangepasst, aber nie langweilig. Katholisch-konservativ und trotzdem modern. Mit diesem Buch zieht sie nun ein umfassendes Resümee ihrer Überzeugungen und Sichtweisen, ob über Adel und Manieren, Demokratie und Populismus, Gender und Migration oder Glaube und Lebensfreude. (240 S., geb. € 24.-)



Werner Patzelt · **Deutschlands blaues Wunder**

Allzu lange hofften allzu viele, die AfD wäre nur eine vorübergehende Störung deutscher Normalität. Ab- und Ausgrenzen schien auszureichen, um mit der neuen Partei fertigzuwerden. Das erwies sich als Irrtum. Der bekannte Politikwissenschaftler beschreibt detailliert die Entstehung und Entwicklung der AfD einschließlich deren Umfeld und Wählerschaft, die von der Partei vertretenen Inhalte sowie die Parlamentsarbeit ihrer Fraktionen. Patzelt analysiert sodann die Radikalisierungsgeschichte der AfD und die entsprechenden Befunde des Verfassungsschutzes. (316 S., Pb. € 26.-)

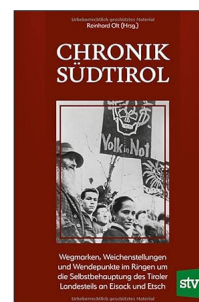


Olaf Haubold · **Das Konvolut - Hitlers geheime Aufzeichnungen: Band 1 - Das Notizbuch**

Ein umfangreiches Konvolut von Dokumenten, Briefen, Zeichnungen und privatesten Fotos wird in der vorliegenden Publikation erstmals veröffentlicht. Neue Facetten und privateste Einblicke und Beurteilungen werden gezeigt. Spektakulär sind in diesem ersten Band weniger die Ereignisse selbst, sondern die persönlichen Kommentare, Formulierungen und Gedanken des mutmaßlichen Autors des Notizbuches. Der Herausgeber arbeitete 15 Jahre an Prüfungen, Materialgutachten, Rechtsgutachten usw. (176 S., geb. € 24.-)

Chronik Südtirol

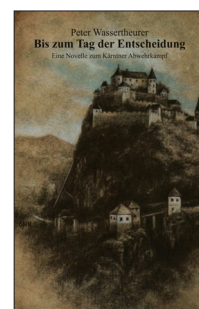
Es ist ein wahres Opus Magnum, das der langjährige FAZ-Korrespondent in Österreich, Prof. Dr. Reinhard Olt, über die jüngste Geschichte Südtirols Mitte November veröffentlichte. Es handelt sich um die stark erweiterte Neuauflage des Buches *Chronik Südtirol*, das erstmals Otto Scrinzi 1996 herausgegeben hatte. Hierbei bilden die dramatischen Jahre des Selbstbestimmungskampfes 1959 bis 1969, der schließlich zum »Südtirol-Paket« führte, den Kern des Werkes. Dabei stützt sich die detailreiche Dokumentation auf Presseberichte, Protokolle, Zeugenaussagen und Geheimdienstakten. Dieser gut 600 Seiten umfassende Chronikteil stellt nach wie vor das Kernstück des Werkes dar. Neu ist hingegen der vordere Teil des Buches, der die Entwicklung Südtirols vom Ende des Ersten Weltkriegs bis zu den Bombenjahren der späten 1950er aufzeigt. Nach dem Chronikteil, der Ende der 1960er endet, schließt sich die aktualisierte Darstellung der Metamorphose des lange geknechteten Landes an Etsch und Eisack zu einer autonomen Provinz mit weitreichenden Selbstverwaltungsrechten an. Aufgezeigt werden natürlich auch die Ergebnisse der Landtagswahlen samt Sitzverteilung im Bozner Landtag bis 2024. Dieses fast 1000seitige Buch stellt ein Standardwerk zur Geschichte des Tiroler Landes südlich des Brenners dar.



Reinhard Olt (Hg.)
**Chronik
Südtirol** 928 S.,
geb., ca. 300 Abb.
€ 32,- Stocker-
Verlag, Graz 2025

Peter Wassertheurer · Bis zum Tag der Entscheidung

Wenn man Geschichte begreifen will, dann fällt das vielen oft leichter, wenn Ereignisse in Erzählform, also anhand einer ›Story‹ mit handelnden Personen wie Du und ich, dem Leser nähergebracht werden. Dies tut der Publizist, Buchautor und Volkstumskämpfer Peter Wassertheurer mit seiner neuesten Novelle *Bis zum Tag der Entscheidung*, in der er den Weg seiner Landsleute vom Sommer 1919 bis zur entscheidenden Volksabstimmung in Kärnten am 10. Oktober 1920 beschreibt. Er läßt den Protagonisten Johann Steinmayer diese schwere und schicksalshafte Zeit durchleben. Dabei schildert er den Kampf der Kärntner für ein freies und ungeteiltes Land als Teil der neugegründeten Republik Österreich. Auf Grund der jugoslawischen Invasoren gestaltete sich der Wahlkampf schwierig, ja gefährlich. So mußte Johann beim Verbreiten des Propagandamaterials große Vorsicht walten lassen, um nicht von den slowenischen Besatzern gefaßt zu werden. Das Buch ist eine spannende Erzählung über die wohl schwerste Zeit Kärntens, in der der Süden des Landes, also der Landstrich zwischen Gail und Drau, nur dank des entschlossenen Abwehrkampfes mutiger Österreicher vor einer Abtretung an den südslawischen SHS-Staat bewahrt werden konnte. Gekrönt wurde der Widerstand schließlich durch den Erfolg der Volksabstimmung im Frühherbst 1920.



Peter
Wassertheurer
**Bis zum Tag der
Entscheidung**
176 S., geb.,
€ 19,90, W3
Verlagsges.m.b.H.,
Wien 2025

Hinweise und Mitteilungen

Sekretariat der Gesellschaft für freie Publizistik:

Klosterhof 4 / D-34399 Wesertal · Tel.: 05572-7310

e-mail: gesellschaft-fuer-freie-publizistik@gmx.de

www.gfp-netz.com/ www.facebook.com/www.gfp-blog.de/

Liebe Mitglieder und Freunde,

Die Meinungsfreiheit, für die wir uns unentwegt einsetzen, wurde in den letzten Wochen erneut mehrfach verhöhnt, auch in Österreich und in der Schweiz. In dieser Ausgabe haben wir daher die Fälle Martin Pfeiffer, Jacques Baud, Pierre Krebs und Gudrun Schwarz (bei letzteren wurde gar eine richterlich festgesetzte Verjährung rückgängig gemacht!) in den Blick gerückt. Und nicht zuletzt den Ausschluß meines Verlags auf der Buchmesse »Seitenwechsel« in Halle, der von einem sogenannten »Rechtsnationalen« auf schnöde Weise und mit massivem Druck betrieben wurde.

Nun las ich Anfang Januar beim gut informierten Portal nius (nius.de, 6.1.26), daß die Bundesregierung ein neues Horror-Gesetz sozusagen auf der Pfanne habe. Sie plant nämlich ein neues Gesetz, das Durchsuchungen von Tech-Konzernen und journalistischen Redaktionen sowie Beschlagnahmen ermöglichen soll, und dies teilweise OHNE richterlichen Beschluß. Der Gesetzesentwurf, den das Kabinett am 17. Dezember verabschiedete, wird von Experten als verfassungswidriger Eingriff in Grundrechte bewertet sowie als gezielter Angriff auf die Meinungsfreiheit.

Zwei Jahre war die AfD von der Münchner Sicherheitskonferenz ausgeschlossen. Die fulminante Rede des US-Vizepräsidenten im Februar 2025 in München, die »Demokratiedefizite«, insbesondere eine schwindende Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik tadelte, wird wohl gewirkt haben: Die AfD erhielt dieses Jahr eine Einladung! Es ist schon jämmerlich, daß diese Mängel bei der Meinungsfreiheit von außen angeprangert werden müssen.

Dieser Ausgabe liegt eine Jahresrechnung mit Zahlkarte bei. Für eine zeitnahe Überweisung und jede Spende sind wir sehr dankbar und versprechen unseren treuen Lesern, auch in Zukunft unserem Auftrag, dem Dienst an der Wahrheit, gerecht zu werden, zu erfüllen. Jeder Leser kann zusätzliche Exemplare des *Freien Forums* kostenlos beim Sekretariat anfordern und sie in »gute Hände« geben. Um den Kontakt zu unseren Mitgliedern, aber auch zu Sympathisanten zu verstärken, hatten wir angekündigt, Buchanregungen und Kurzmeldungen zu brisanten Themen auf unserer Internetseite (gfp-netz.com) regelmäßig platzieren zu wollen. Das geschieht inzwischen. Zum Schluß ein Gruß von mir für jeden persönlich wünsche ich alles Gute zum Neuen Jahr 2026!

Margret Nickel

Konto für Beiträge
und Spenden:

GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK

IBAN: DE 08 6129 0120 0393 6120 07

Beilagenhinweise:

Jahresrechnung mit Zahlkarte.

Prospekt der Klosterhaus-Versandbuchhandlung

**DAS
FREIE
FORUM**

Herausgegeben von der Gesellschaft für freie Publizistik e. V., München. Verantwortlich für den Inhalt: Wolf Lehnert. Erscheint vierteljährlich. Nichtmitglieder erhalten das Heft für 4 Euro Spende. Mitglieder erhalten es automatisch. Abdruck mit Quellenangabe frei.

Versand: Klosterhaus-Verlag, 34399 Wesertal